FREITAG, 18. JUNI 2010 NR. 24 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

VOLKSSCHULE

Einst hatten wir in diesem Kanton eine funktionierende Volksschule

Die Volksschule war seit 1899 eine tragende Säule unserer Gesellschaft – die Lehrer standen gar als «Volksbildhauer» da. In der Folge einer neuen Volksschulgesetzgebung im Jahr 2005 wurde diese Säule zum Einsturz gebracht. Noch schlimmer – die neue Organisation der Volksschule ist auf Sand gebaut.

SAMUEL RAMSEYER
KANTONSRAT SVP
NIEDERGLATT

Einst hatten wir in diesem Kanton eine funktionierende Volksschule, die über zufriedene Lehrpersonen verfügte, die mit Leidenschaft ihrer Tätigkeit nachgingen. Vom Volk gewählt, verfügten Sie über die direkte Legitimation, Kinder zu wertvollen Staatsbürgern auszubilden und Eltern bei der Erziehung zu unterstützen. «Volksbildhauer» wurden sie gar genannt. Der Lehrberuf war damals kein Teilzeitjob zur Aufbesserung des Familienbudgets, sondern eine echte Verpflichtung gegenüber Staat und Gesellschaft. Die Basis des Tuns war ein Gesetz, das am 11. Juni 1899 – 51 Jahre nach der Gründung der modernen Schweiz in Kraft gesetzt wurde. Der Lehrerberuf genoss ein hohes, verdientes Ansehen, welches nicht verliehen, sondern durch überdurchschnittliches Engagement erworben wurde. Wir Schweizer sind ein seltsames Volk! Immer wenn etwas gut läuft, gibt es Bestrebungen zu verbessern. Leider lassen sich viele solcher Bemühungen unter «Verschlimmbessern» subsummieren. Auch die in der Volksschule grassierende Reformitis kann diesem Phänomen zugeschrieben werden. Selbstverständlich gab und gibt es da und dort Probleme – also zu lösende Aufgaben – die einer Bearbeitung harrten. Statt pragmatisch die Schwachstellen zu identifizieren und zu reparieren, begann in der Folge ein Geschiebe und Gezerre um die Volksschule. Gesellschaftspolitische Strömungen dominierten zunehmend mit Schlagworten wie Chancengleichheit und anderen Worthülsen die Diskussion. Fast über Nacht wurde die gut funktionierende Volksschule zu einer höchst reformbedürftigen Institution klein geredet! Wenige Parteien stemmten sich zunächst erfolgreich gegen die geplante Zerstörung. Mit einer zweiten Abstimmung wurden die letzten haltenden Dämme gegen den Willen der SVP gebrochen – die Misere begann nicht erst am 7. Februar 2005. Aber an diesem Tag erhielt sie eine rechtliche Grundlage.

> **Wir Schweizer sind ein seltsames Volk! Immer wenn etwas gut läuft, gibt es Bestrebungen zu verbessern.**

Neues Volksschulgesetz

Das damals in Kraft gesetzte «neue» Volksschulgesetz löste eine Reformwelle aus, welcher die Volksschule als Grossorganisation schlicht nicht gewachsen war. Heute, fünf Jahre später, stellen wir leider fest, dass unsere Volksschule, dem Einfluss des Volkes weitgehend entzogen ist und einer Grossbaustelle gleicht, auf der verschiedene Poliere ihrer Arbeit nachgehen, ohne dass die Bauführung über einen nachvollziehbaren Gesamtplan verfügt. Das letzte Beispiel lieferte die Bildungsdirektion mit dem Sonderpädagogischen Konzept, welches schon im Rahmen der Vernehmlassung kläglich gescheitert ist. Dem gleichen Schicksal erlag – Gott sei gedankt – auch der Versuch der Reform der Oberstufe! Gott seis geklagt, welch ein Verschleiss von Ressourcen, die anderweitig wahrhaftig besser eingesetzt hätten werden können.

> **Ein Teil des Lehrermangels ist nämlich eine direkte Folge des neuen Volksschulgesetzes.**

Durchorganisierte Fehlkonstruktion

Wir alle wissen, dass der Erfolg der Volksschule letztlich durch die Interaktionen zwischen Lehrpersonen und Schülern im Unterricht zustande kommt. Die Rahmenbedingungen spielen eine Rolle, aber nicht in diesem Ausmass, wie uns heute suggeriert wird! Lehrpersonen, die ihrem eigentlichen Auftrag nicht mehr nachkommen können, weil sie aus ideologischen Gründen zum Beispiel in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Schulleitern versetzt wurden, bekunden zunehmend Mühe mit dem System. Teamsitzungen, Absprachen mit Heilpädagogen, Eingriffe in die Methodenfreiheit, Elternabende, Diskussionen um mehr oder weniger nützliche Leitbilder und weiteres mehr, prägen heute den Lehreralltag. Zum Unterrichten, Begleiten, Unterstützen, Herausfordern und neugierig machen fehlt zunehmend die Zeit.

Auch hier soll mit organisatorischen Veränderungen Abhilfe geschaffen werden. Der «neue» Berufsauftrag solls richten. Ein Erlass, welcher den Lehrpersonen ein weiteres Stück Autonomie, nimmt. Autonomie die wichtig ist, um den Auftrag zugunsten der Gesellschaft überhaupt erfüllen zu können.

Lehrermangel ist die Folge

Dieser Berufsauftrag wird uns keine neuen Lehrpersonen bescheren. Er wird uns keinen der vielen Schulleitern zurück in die Klassenräume bringen – wo sie hergekommen sind. Ein Teil des Lehrermangels ist nämlich eine direkte Folge des neuen Volksschulgesetzes. Die Forderung der Lehrerverbände, die Unterrichtsverpflichtung zu senken, was auch im Entwurf zum neuen Berufsauftrag vorgesehen ist, wird den Lehrermangel zusätzlich verschärfen. Die Verpflichtung zur integrativen Schulung – eine wohl schöne, aber jede Regelklasse über das zumutbare Mass hinaus belastende Forderung – wird den gleichen Effekt haben. Die Lehrerbildung, wie sie derzeit an der PHZH praktiziert wird, leistet ebenfalls einen Beitrag zum strukturellen Lehrerdefizit. Und nicht zuletzt leisten jene Lehrpersonen, die sich auf Staatskosten ausbilden lassen und im Anschluss nicht mehr bereit sind, eine 100-Prozent-Stelle anzunehmen, ebenfalls ihren Beitrag zur aktuellen Situation! Und, wie wir wissen, sind das nicht wenige!

> **«Stehe still und sammle dich», ist das geflügelte Wort aller Einsatzleiter bei der Feuerwehr.**

Ordentliches Lohngefüge

Es stimmt, das Lohngefüge im Lehrerberuf ist in Unordnung. Hier sollte schnell Abhilfe geschaffen werden. Abhilfe schaffen, heisst grundsätzlich nicht höhere Löhne. Mehr Lohn – so glaube ich, wird den Lehrerberuf nicht sehr viel attraktiver machen, handelt es sich doch um eine extrinsische Motivation. Allerdings muss die Diskussion über den gerechten Lohn für «Volksbildhauer und Volksbildhauerinnen» geführt werden. Die unverzichtbaren Leistungen zu Gunsten unserer Gesellschaft müssen korrekt abgegolten werden. Die SVP wird sich dieser Diskussion nicht verschliessen.

Konsolidierungsphase

Zum Schluss eine Empfehlung an die Bildungsdirektion. Lasst das System Volksschule zur Ruhe kommen. Eine Konsolidierungsphase ist längst überfällig! Die hohen Investitionen erbringen den angestrebten Nutzen bei der Mehrheit unserer Kinder längst nicht mehr! «Stehe still und sammle dich», ist das geflügelte Wort aller Einsatzleiter bei der Feuerwehr – das ermöglicht Entschlüsse, welche das Haus vor dem Verbrennen schützen können.

OPTIMIST DER WOCHE

NATIONALRAT
TONI BRUNNER
PRÄSIDENT SVP SCHWEIZ

«Weil die Hoffnung zuletzt stirbt, gewinnt die Schweiz 3:0!»

Interview auf Blick.ch vom 16. Juni 2010 zum WM-Spielausgang Spanien – Schweiz.

Arbeitskräfte für
Landwirtschaft und Gewerbe

Arbeitskräfte gesucht:
Als Betriebshelfer
als Temporärarbeitskräfte tage-, wochen- oder monatsweise für Bau-, Gartenbau, Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot:
Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter
motivierte arbeitskräfte

Maschinenring
Maschinenring Zürich, 8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

Praxis für Zahnprothetik

R. Hertach
(dipl. Zahnprothetiker)
Leimbachstrasse 119, 8041 Zürich
Bei der Migros / Nähe Bushaltestelle

Tel. 044 481 82 18
www. pro-dent. ch

Total-,Teil- und Implantatprothesen, Unterfütterungen, Reparaturen

1. Beratung kostenlos, **AHV**

Aus ALT mach NEU!

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork

und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

MECACRYL

PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH

für Industrie, Gewerbe und Privat

- **Top-Zuschnittservice**
- **Plexiglas-Handwerk**
- **Thermoverformung**

MECACRYL GmbH
H. Hablützel und P. Haller
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, **8330 Pfäffikon ZH**
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Nichtschwimmer als Bademeister

VON CHRISTOPH MÖRGELI

«Das ist ein schlechter Witz», entfuhr es dem Grenchner Alt-Nationalrat Boris Banga (SP), der als guter Witzerzähler gilt. Er meinte die Tatsache, dass CVP-Nationalrat Pirmin Bischof als Bankenspezialist auf fast allen Fernseh- und Radiokanälen fast allen Diskussionsteilnehmern die Kutteln putzt. Bischof sieht sich umgeben von lauter Versagern aus UBS, Bankenaufsicht und Politik. Wahrlich, der Solothurner Christdemokrat weiss, wo der wirtschaftspolitische Gott hockt. Darum hat der lärmige Bischof dem stillen Schaffer Hansheiri Inderkum fraktionsintern fast alle Dossiers zum Finanzplatz entwunden.

«Zum Hinterbänkler bin ich nicht geeignet», diktierte der selbstbewusste Parlamentarier einem Journalisten der «Basler Zeitung». Noch weniger geeignet als zum Hinterbänkler ist Bischof zum Bänkler. Als Vizepräsident des parteiverfilzten Bankrats steuerte er die Solothurner Kantonalbank Richtung aggressive Universalbank – und damit in den Abgrund.

Es blieb nur noch der Notverkauf an den Bankverein und später an die Baloîse. Das Loch von 369 Millionen Franken stopften die Steuerzahler. Von der kantonsrätlichen PUK musste sich Bischof pflichtwidrige Unvorsichtigkeit, selbstherrliches Handeln und Bevormundung des Bankrats vorwerfen lassen.

Den «eklatanten Mangel an Kompetenz, Führungsqualität und Kontrolle» bedeckte man mit dem Mantel solothurnischer Barmherzigkeit: Bischof zahlte etwas Kleines an den Grossschaden. Er mutierte zum Vorkämpfer des Anlegerschutzes. Wurde Verbandssekretär des Solothurner Staatspersonals. Nachdem dieses dank Bankenkrise jahrelang auf Teuerungsausgleich und Lohnerhöhung hatte verzichten müssen. Im Nationalrat verkauft sich der Staatsgewerkschafter als «Vertreter von Wirtschaft und Gewerbe». Und gibt den Alleswisser in Bankenfragen. Der Bruchpilot als Fluglehrer. Der Nichtschwimmer als Bademeister.

Pirmin Bischofs ebenso zappelig-überdrehte wie selbstgefällige Voten ähneln den Büttenreden in der dekorierten Turnhalle einer Provinzfasnacht.

Tatsächlich betätigt er sich in der närrischen Zeit bei den Solothurner «Stedtlischiissern». Und dichtet so umwerfende Verse wie: Wo wirdsch belohnt fürs Chlaue? / Wo findsch jungi scharfi Fraue? Man sollte Pirmin Bischof grundsätzlich keine Bank mehr anvertrauen. Nicht einmal eine Schnitzelbank.

SESSIONSBERICHT 3. WOCHE

PUK abgelehnt, UBS-Staatsvertrag mit den USA und Waffeninitiative

Der Ständerat beerdigte die PUK definitiv. Das Amtshilfeabkommen mit den USA betreffend der UBS fand im Nationalrat dank den Mitteparteien eine knappe Mehrheit. Eine weitere längere Diskussion löste die Waffeninitiative aus.

HANS RUTSCHMANN NATIONALRAT SVP RAFZ

Bekanntlich stimmte der Nationalrat letzte Woche mit 123:57 Stimmen klar für die Einsetzung einer PUK zur widerrechtlichen Herausgabe von UBS-Kundendaten und zu verschiedenen Aspekten der Finanzkrise. Der Ständerat hat am Montag trotz dem klaren Signal aus der grossen Kammer die PUK definitiv beerdigt. Damit bleiben zahlreiche Umstände dieser schwerwiegenden Angelegenheit im Dunkeln. Der Verzicht auf das stärkste parlamentarische Untersuchungsinstrument ist für die SVP unverständlich. Damit übernimmt niemand die Verantwortung über die gravierenden Mängel. Offensichtlich ging es den Mitteparteien darum, die eigenen Bundesräte aus dem Schussfeld zu nehmen. Der Bundesrat selber verweist auf strukturelle Mängel in der Organisation der Landesregierung. Ein zweijähriges Bundespräsidium und zusätzliche Staatssekretäre sollen die Sache richten. Das Parlament begnügte sich damit leider mit dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission. In jedem anderen Land hätten nach diesem Versagen die verantwortlichen Minister wohl den Hut nehmen müssen.

Gezerre um den Staatsvertrag

Am Dienstagmorgen diskutierte der Nationalrat wiederum über das Amtshilfegesuch der USA betreffend der UBS. Dabei ging es um die Bereinigung von Differenzen mit dem Ständerat. Unser Fraktionschef, Caspar Baader, wies in der Debatte darauf hin, dass für die SVP der Staatsvertrag ein schlechter Vertrag sei. Er widerspricht dem bestehenden Rechtshilfeabkommen mit den USA und untergräbt die Rechtssicherheit. Der Bundesrat hätte diesen Vertrag nie abschliessen dürfen. Der SVP war aber auch von Beginn weg klar, dass das Parlament letztlich diesem schlechten Vertrag zustimmen würde. Der Bundesrat wollte sich die Zustimmung zum Vertrag erkaufen, indem er dem Druck der SP nachgab und den Vertrag mit der Einführung einer neuen Unternehmenssteuer – unter dem falschen Titel Bonussteuer – verknüpfte. Die SVP wehrte sich jedoch kategorisch gegen neue Unternehmenssteuern. Für uns stellte sich letztlich die Frage, ob ein Vertrag mit oder ohne eine neue Steuer verabschiedet würde. Die SVP stellte deshalb die Bedingungen, dass der Bundesrat in Zukunft keinen solchen Vertrag ohne das Parlament abschliessen dürfe und dass auf eine neue Steuer verzichtet werde müsse. Diese Bedingungen wurden zwar erfüllt. Allerdings mit dem Schönheitsfehler, dass der Ständerat zwei Vorstösse überwies, welche wiederum eine Unternehmenssteuer forderten.

Stimmenthaltung der SVP-Fraktion

Aufgrund dieser Ausganslage kam für die SVP eine Zustimmung zum Staatsvertrag nicht in Frage. Die Fraktion enthielt sich deshalb grossmehrheitlich der Stimme. In der Detailberatung wurden diverse Minderheitsanträge abgelehnt. Weiter beschloss der Nationalrat im Gegensatz zum Ständerat die Unterstellung des Staatsvertrags unter das fakultative Referendum. In der Gesamtabstimmung am Dienstag wurde der Vertrag mit 81:61 Stimmen, bei 53 Enthaltungen, angenommen. Damit übernahmen im Wesentlichen die Mitteparteien die Verantwortung für dieses schlechte Vertragswerk. Danach ging das Gezerre weiter in der Differenzbereinigung, wobei sich die Diskussion noch um das Referendum drehte.

Untaugliche und unverhältnismässige Waffeninitiative

Am Donnerstag diskutierte der Rat die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt». Sie wurde im Februar 2009 mit ungefähr 106 000 Unterschriften eingereicht. Demnach müsste der Bund zusätzliche Vorschriften für den Erwerb, den Besitz, das Tragen und den Gebrauch von Waffen und Munition erlassen. Für den Erwerb von Feuerwaffen und Munition müsste der Bedarf und die erforderlichen Fähigkeiten nachgewiesen werden. Sodann müssten die Armeewaffen ausserhalb des Militärdienstes im Zeughaus aufbewahrt werden.

Beim Ausscheiden aus der Armee dürfte die persönliche Waffe dem Wehrmann nicht mehr überlassen werden. Weiters wäre der Bund verpflichtet, ein Register für Feuerwaffen zu führen. Für die SVP ist diese Initiative untauglich und unverhältnismässig. Die Schweiz hat heute bereits eine strenge Gesetzgebung (Waffengesetz, Militärgesetz), die alles abdeckt, was vernünftigerweise im Bereich der Schusswaffen-Sicherheit geregelt werden kann.

Diese Gesetze und die zugehörigen Verordnungen müssen lediglich konsequent umgesetzt werden. Bei der persönlichen Armeewaffe wurden in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen vollzogen, die das Missbrauchsrisiko weiter senken. Sodann ist festzuhalten, dass Waffengewalt nur zu einem geringen Teil durch Ordonnanzwaffen verursacht wird.

Das VBS hat zudem Massnahmen in die Wege geleitet, dass durch eine selektive Abgabe der Waffen das Gefahrenpotenzial nochmals verkleinert wird. Die Heimgabe der Ordonnanzwaffe ist aber auch ein wichtiger Teil unseres Milizsystems.

Verhinderung des Schiesssports

Die Volksinitiative ist auch unverhältnismässig, weil sie die Ausübung des Volkssports Schiessen mit dem geforderten Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis praktisch verhindert. Dieses faktische Verbot des privaten Schiessens mit der Armeewaffe würde mittelfristig das Ende des Eidgenössischen Feldschiessens, der Jungschützenkurse, des obligatorischen Schiessprogramms und der verschiedenen Schützenfeste bedeuten.

Votum Fraktionspräsident Caspar Baader zum UBS-Staatsvertrag im Nationalrat

CASPAR BAADER NATIONALRAT SVP FRAKTIONSCHEF GELTERKINDEN

Die SVP hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass der UBS-Staatsvertrag mit den USA ein schlechter Vertrag ist. Er widerspricht dem bestehenden Rechtshilfeabkommen mit den USA und er untergräbt die Rechtssicherheit. Der Bundesrat hätte diesen Vertrag nie abschliessen dürfen. Der SVP war aber auch von Beginn weg klar, dass das Parlament letztlich diesem schlechten Vertrag zustimmen wird. Der Bundesrat wollte sich die Zustimmung zum Vertrag erkaufen, indem er dem Druck der SP nachgab und den Vertrag mit der Einführung einer neuen Unternehmenssteuer – unter dem falschen Titel Bonussteuer – verknüpfte. Die SVP ist kategorisch gegen neue Unternehmenssteuern.

Wir standen deshalb vor der Frage, ob der Vertrag letztlich ohne eine solche Steuer oder mit einer solchen Steuer verabschiedet würde. Wir mussten uns also zwischen Pest und Cholera entscheiden.

Deshalb haben wir zwei Bedingungen gestellt, unter denen wir den Vertrag nicht ablehnen würden:
1. Ein solch schlechter Vertrag soll vom Bundesrat nie mehr abgeschlossen werden können, ohne das Parlament zu fragen.
2. Mit dem Vertrag soll keine neue Unternehmenssteuer beschlossen werden.

Wir haben unsere Ziele zu 95 Prozent erreicht:

Mit der Überweisung einer Motion in beiden Räten, welche die Kompetenz des Bundesrates zum selbständigen Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen anpasst, ist der erste Punkt erfüllt.

Zum zweiten Punkt wurde ein Planungsbeschluss des Bundesrates mit einer neuen Unternehmenssteuer in beiden Räten abgelehnt. Ebenso wurden Anträge von linker Seite zur Einführung einer Unternehmenssteuer im Rahmen der Debatte über den Staatsvertrag ebenfalls von beiden Räten abgelehnt. Ich gehe davon aus, dass die diesbezüglichen linken Minderheitsanträge auch heute abgelehnt werden.

Unschön sind noch die zwei Motionen, welche der Ständerat überwiesen hat. Sie stehen im Widerspruch zu den übrigen Entscheiden gegen eine neue Unternehmenssteuer. Diese Motionen sind im Nationalrat hängig. Wir haben indes von führenden Parteiexponenten der Mitteparteien sowie von deren Gewerbe- und Industrievertretern klare Willensbekundungen gegen die beiden Motionen erhalten. Vor diesem Hintergrund war es für uns unverständlich, dass die beiden Motionen im Nationalrat nicht mehr in dieser Session behandelt wurden. Es ging den Mitteparteien anscheinend um reine Parteipolitik.

Wir gehen heute davon aus, dass die Motionen zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Rat klar abgelehnt werden.

Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Meinung, dass unsere Bedingungen weitgehend erfüllt sind und wird dem Staatsvertrag mit ihrem Ja oder ihrer Enthaltung beim Eintreten und in der Gesamtabstimmung zum Durchbruch verhelfen, vorausgesetzt die Minderheitsanträge der Linken für eine neue Unternehmenssteuer werden abgelehnt. Eine Minderheit wird den Vertrag ablehnen.

Öffentlicher
Worbig-Frühschoppen in Flaach

Divisionär aD Hans Bachofner

Wer Frieden will, muss den Krieg verstehen

Sonntag, 27. Juni 2010, 10.30 Uhr

Weingut von Bettina und Toni Kilchsperger, Worrenberg, Flaach
(bei schlechtem Wetter in der «Worbighalle», Flaach)
Zufahrt signalisiert

Nach der Ansprache: Ein feines Glas Worrenberger, Bratwürste vom Grill und andere Köstlichkeiten.

Musikalische Umrahmung: «Grenzland Quintett», Rafz

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kein Flüsterbelag auf Autobahnen im Kanton Zürich

Diese Woche behandelte der Kantonsrat eine Reihe von Energie- und Baugeschäften. Der Bau- und Energiedirektor Markus Kägi (SVP) stand im Zentrum der Debatte.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit einem Postulat von SP, EVP und EDU wurde gefordert, dass alle offenen Strassenstrecken der A4 zwischen Birmensdorf und der Kantonsgrenze Zug mit einem Flüsterbelag (offenporiger Asphaltbelag, OPA) versehen werden. Der Baudirektor **Markus Kägi** beantragte, das Postulat aus folgenden Gründen nicht zu überweisen: Der Kanton Zürich sei bei der Entscheidung über die zu verwendenden Beläge nicht frei, sondern brauche die Zustimmung des Bundesamtes für Strassen (ASTRA). Dieses lege die Anforderungen an den Oberbau von Nationalstrassen fest. Die Deckbeläge müssten grundsätzlich eine Lebensdauer von mindestens 25 Jahren erreichen. Offenporige Beläge würden nur in Ausnahmefällen angewendet und nur dort eingesetzt, wo die Lärmschutzvorschriften mit anderen Lärmschutzmassnahmen wie Wänden, Dämmen oder Schallfenstern nicht eingehalten werden könnten. Diese Bedingungen würden auf die Situation an der N 4.1.6/N 4.1.7 nicht zutreffen. Zudem sei die Lebensdauer eines offenporigen Belages nur rund sechs bis zehn Jahre, diejenige des geplanten Belages (Splittmastix SMA8) betrage aber 25 Jahre, also rund das Dreifache. Auch die Kosten für Material und Einbau seien beim offenporigen Belag höher als bei einem normalen Deckbelag. Damit die Lärmwerte auch mittelfristig eingehalten werden könnten, müsse der Belag im Sommer gereinigt werden, was auch erhöhte Unterhaltskosten verursache. Wegen der rauen Oberfläche des offenporigen Belags müsse zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit im Winter zudem doppelt so viel Streusalz ausgebracht werden als bei einem üblichen Belag. **Jakob Schneebeli** (SVP, Affoltern am Albis) betonte im Rat, dass es seltsam anmute, dass fast auf den Tag genau sieben Monate nach der Eröffnung des fraglichen Autobahnteilstückes der A4 durch das Knonaueramt darüber debattiert werde, mit welchem Belag dieses Strassenstück zu versehen sei. Die Regierung habe darauf hingewiesen, dass die im Nationalstrassenbau massgebenden Vorschriften der Lärmschutzverordnung einzuhalten seien, was auf der A4 durch das Knonaueramt auch ohne den Einbau des verlangten Flüsterbelages möglich sei, u.a. durch das Erstellen von Lärmschutzwänden und anderen wirksamen Lärmschutzmassnahmen. Im Weiteren wurde auf die Nachteile von Flüsterbelägen hingewiesen wie etwa höhere Kosten, kürzere Lebensdauer, höherer Unterhaltsaufwand und aufwändigere Reparaturrahmenbedingungen. Ein weiterer Vorteil des «normalen» Strassenbelags sei, dass die Wasserfahne durch das aufgewirbelte Wasser wesentlich geringer ausfalle und die Gefahr von Aquaplaning dadurch reduziert werde. **Hanspeter Haug** (SVP, Weiningen) betonte zudem, dass doppelt so viele Reparaturarbeiten beim Flüsterbalg anfallen und die angrenzenden Dörfer dadurch mit mehr Lärm belästigt würden. Das Postulat wurde knapp mit 94 zu 97 Stimmen abgelehnt.

Externe Kosten

Mit einem Postulat wurde von SP und Grüne gefordert, dass bei allen öffentlichen Bauten die Umweltkosten aus der Nutzung der Energieträger nach dem einheitlichen Berechnungsverfahren der sia-Norm 480 auszuweisen sind. Die externen Kosten bzw. die negativen externen Effekte sind eine finanzpolitische Hilfsgrösse, um die verschiedenen Umwelteinwirkungen in einen Geldbetrag umzurechnen. Hierzu gehörten beispielsweise die Kosten für Gesundheitsschäden, die Klimaveränderung, Bauschäden, Ertragsausfälle der Landwirtschaft usw., die nicht in den Energiepreisen enthalten seien, sondern von der Allgemeinheit getragen werden müssten. In Bezug auf Bauten entstünden externe Effekte bei Erstellung, Betrieb, Unterhalt und Rückbau etwa in Form von Luftverschmutzung, Lärm oder Sondermüll. **Stefan Krebs** (SVP, Pfäffikon) betonte im Rat, dass die Problematik, welche dieses Postulat aufzeigen möchte, rein hypothetischer Art sei. Das Postulat wurde abgeschrieben.

Änderung Energiegesetz

Mit einer Behördeninitiative der Stadt Zürich wurde gefordert, dass im Energiegesetz eine Lenkungsabgabe eingeführt werde. **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti) betonte in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU), dass die Behördeninitiative das Ziel habe, mit einer Lenkungsabgabe den Stromverbrauch zu reduzieren. Dieses Ziel könne aber nicht mit einem höheren Preis erreicht werden. Dies sehe man am Beispiel Lausanne, wo der Strompreis doppelt so hoch sei wie im Kanton Zürich und der Stromverbrauch pro Kopf trotzdem höher liege. Bereits heute hätten verschiedene Netzbetreiber und Produzenten ein Interesse daran, Leistungsspitzen zu brechen und wenn möglich zeitunabhängige Anwendungen in Schwachlastzeiten zu verlegen. Dafür würden sogenannte Rundsteuerungen sorgen, indem beispielsweise Waschmaschinen nicht über die Mittagszeit betrieben werden, wenn der Strom vor allem für das Kochen und andere Anwendungen verwendet werde. Es sei davon auszugehen, dass Netzbetreiber und Produzenten ein steigendes Interesse daran hätten, Leistungsspitzen zu brechen, je mehr sich die Selbstversorgungslücke in der Schweiz bemerkbar mache. Dies könnte zusätzlich mit einer entsprechenden, feineren Preissetzung geschehen, als dies mit den heute üblichen Sommer-/Winter- und Hoch-/Niedertarifen möglich sei. Damit müsste auch eine Lenkungsabgabe differenzierter ausgestaltet werden, damit sie insbesondere in Schwachlastzeiten, wenn der Strom günstiger sei, dieselbe Wirkung zeitige. Eine dem Preis angepasste, wirksame Lenkungsabgabe dürfte jedoch einen erheblichen Aufwand nach sich ziehen. Schon heute könne beobachtet werden, dass, wenn sich viel Strom aus Windenergie in einer Schwachlastzeit auf dem Markt befinde, der Grosshandelspreis für Strom entsprechend tief sei. Anwendungen, welche nicht an eine bestimmte Zeit gebunden seien, könnten von diesem Strom profitieren. Dies würde dem CO_2-Reduktionsziel und der Förderung erneuerbarer Energien gemäss dem Energieplanungsbericht 2006 des Regierungsrates entsprechen, eine Lenkungsabgabe auch auf diesem Strom hingegen nicht. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) betonte im Rat, dass sich die Stadt Zürich energiepolitisch verrannt hätte. Eine Lex EWZ sei nicht angebracht und Lenkungsabgaben würden von unserer Fraktion abgelehnt. Auch die SP stellte fest, wie weit Lenkungsabgaben wirklich lenken. Der Energiedirektor **Markus Kägi** betonte, dass der Regierungsrat gemäss Kantonsverfassung beauftragt sei, im Kanton Zürich für eine sichere und günstige Stromversorgung zu sorgen. Eine Lenkungsabgabe würde eine Wettbewerbsverzerrung bedeuten. Zudem seien der Vollzug und die administrativen Kosten erheblich.

Der Kantonsrat folgte diesen Argumenten und lehnte die Behördeninitiative mit 37 zu 120 Stimmen deutlich ab.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… eine parlamentarische Initiative betreffend nachhaltige Energieversorgung des Kantons Zürich abgelehnt.	☺
… ein Postulat betreffend Einbezug der externen Kosten bei allen öffentlichen Bauvorhaben abgeschrieben.	😐
… die erste Lesung des Energiegesetzes abgeschlossen.	😐
… eine Behördeninitiative betreffend Änderung des Energiegesetzes abgelehnt.	☺
… ein Postulat betreffend zeitgemässe Stadtentwicklung am Beispiel Glattal abgeschrieben.	😐
… ein Postulat betreffend Flüsterbelag auf allen offenen Strassenstrecken der A4 zwischen Birmensdorf und der Kantonsgrenze Zug abgelehnt.	☺
… eine Interpellation betreffend adäquate Wortwahl rund um Agrotreibstoffe mit Diskussion erledigt.	😐

14. Juni 2010

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen; auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

BETTWARENFABRIK
Rafzerfeld
Bettfedernreinigung
Potema®
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren
Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr
www.rafzerfeld.com

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Strom, die Energie der Zukunft

RUEDI MENZI
KANTONSRAT SVP
RÜTI

Strom wird zu den Schlüsselenergien der Zukunft gehören, eine Energie, die wir zu einem grossen Teil selber produzieren können. Wir haben es in der Hand, die Weichen so zu stellen, damit wir auch in Zukunft bei der Stromversorgung unabhängig sind. Der Strom wird in 10 Jahren in ganz Europa nicht im Überfluss zur Verfügung stehen. Wir müssen uns gut überlegen, wie wir auf die prognostizierte Stromlücke im Jahr 2020 reagieren wollen, Tee trinken und abwarten, wäre eine Option, oder aber wir nehmen die Planung aktiv an die Hand mit dem Resultat, dass vermutlich ein neues AKW gebaut werden muss.

Anpassung ans eidgenössische Strom-VG

Das eidgenössische Stromversorgungsgesetz das Anfang 2009 in Kraft gesetzt worden ist, soll den Wettbewerb stärken. Zu diesem Zweck wird eine Entflechtung von Stromanbietern und Netzbetreibern angestrebt. Damit im liberalisierten Umfeld die Grundversorgung gewährleistet ist, braucht es Regeln, die mit dem neuen kantonalen Energiegesetz nun geschaffen worden sind. Der Strombezüger sieht in Zukunft auf seiner Stromrechnung detailliert, wie viel der Strom, die Netznutzung oder die Einspeisevergütung kostet. Zur neuen Freiheit des Konsumenten wird ab 2014 auch die freie Wahl seines Stromlieferanten gehören. So kann er zum Beispiel seinen Strom von Genf beziehen. Was für Auswirkungen die neue Freiheit des Stromkonsumenten auf den Strompreis hat, wird die Zukunft zeigen.

Insellösung der Stadt Zürich abgelehnt

Mit einer Behördeninitiative wollte die Stadt Zürich eine Änderung des Energiegesetzes erwirken. Die Erhebung von Lenkungsabgaben ist zulässig, heisst es in der Vorlage. Gemeint ist natürlich eine Verteuerung des Stromes. Die Stadt Zürich hat sich mit der Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung in eine Sackgasse manövriert. Diese Behördeninitiative ist ein weiterer hilfloser Versuch, sich aus dieser Sackgasse zu befreien. Man wird mit einer Vorlage beim Kanton vorstössig, in der Hoffnung, der «böse» Kantonsrat lehne diese dann ab. Somit hat man ein weiteres Alibi, warum das angestrebte Ziel nicht erreicht werden kann. Diese Vorlage wurde im Übrigen auch von den Grünen und Grünliberalen abgelehnt mit dem Resultat 120 zu 37.

Realistische Ziele setzen

Es ist richtig, sich Ziele zu setzen, auch in der Energiepolitik. Diese müssen aber realistisch sein und in absehbarer Zeit auch umgesetzt werden können. Die Stadt Zürich hat nach heutigen Erkenntnissen mit der 2000-Watt-Gesellschaft aber ein Ziel avisiert, das utopisch ist.

Mit der Vision 2050 setzt sich der Kanton Zürich das Ziel, den Ausstoss von CO_2 pro Einwohner und Jahr auf 2,2 Tonnen zu begrenzen. Dieses Ziel ist erreichbar. Klimaziele müssen für die Bevölkerung wie für die Wirtschaft verträglich sein, nur dann haben sie eine hohe Akzeptanz.

Parteiprogramm 2011–2015

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Einladung zur Programmtagung

Samstag, 10. Juli 2010, 8.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr
Restaurant Wallberg, Volketswil

Programm

08.30 Uhr	Kaffee und Gipfeli
09.00 Uhr	Begrüssung *Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich*
09.25 Uhr	Einführung ins Thema *Nationalrat Christoph Mörgeli, Präsident der Programmkommission*
09.45 Uhr	Arbeit in Gruppen: A) **Kriminalität und Sicherheit** *NR Ernst Schibli, KR Barbara Steinemann* B) **Arbeitsplätze, Personenfreizügigkeit** *NR Alfred Heer, KR Claudio Zanetti* C) **Finanzen und Wirtschaft** *NR Bruno Zuppiger, NR Hans Kaufmann, KR Hans Frei, KR Martin Arnold* D) **Aussenpolitik, EU, Euro** *NR Ueli Schlüer, NR Christoph Mörgeli*
11.30 Uhr	Präsentation der Thesen und Forderungen der Arbeitsgruppen / Plenumsdiskussion
12.30 Uhr	Voraussichtliches Ende der Veranstaltung

Anmeldetalon für die Programmtagung vom Samstag, 10. Juli 2010

Name: Vorname:
Strasse: PLZ, Ort:
Tel: E-Mail:

Ich melde mich an für die Arbeitsgruppe (bitte Zutreffendes bezeichnen: 1 = 1. Wahl, 2 = 2. Wahl):

A:		B:		C:		D:	

Bitte retournieren **bis Mittwoch, 7. Juli 2010**
an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich,
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

DELEGIERTENVERSAMMLUNG SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Gelebte Demokratie an der Parteibasis

An der Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Andelfingen in Adlikon wurde die Kantonsratsliste für die Wahlen im kommenden Frühling nach intensiver Diskussion bereinigt.

RoMü. Spannung versprach an der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Andelfingen das Traktandum Kantonsratswahlen. Nach je zwölf Jahren im Amt werden dabei die beiden bisherigen Inge Stutz (Marthalen) und Ernst Meyer (Andelfingen) bei den ordentlichen Wahlen im kommenden Frühling nicht mehr antreten. Im Vorfeld waren beim Bezirksvorstand fünf Nominationen für die vier Plätze auf Liste eingegangen. «Nach intensiven Diskussionen, Analysen und Abwägungen kam der Vorstand zum Schluss, den Delegierten einen Vierer-Vorschlag zu machen», führte Vizepräsidentin Inge Stutz vor den 50 Delegierten aus. Auf der Liste sollen dabei die beiden Konrad Langhart (Oberstammheim) und Martin Zuber (Guntalingen), welche bereits bei den letzten Wahlen angetreten sind, platziert werden. Dahinter wurden vom Vorstand die Thalheimer Schulpflegepräsidentin und Gemeinderätin Doris Morf sowie der neu gewählte Feuerthaler Gemeindepräsident Jürg Grau nominiert. Die von der Marthaler Sektion nominierte Susanne Friedrich aus Ellikon musste dabei als durchaus auch sehr ausgewiesene Kandidatin über die Klingen springen. Mit diesem Vorgehen konnten sich aber verschiedene Delegierte nicht anfreunden und beantragten, dass nochmals über alle fünf Kandidaten diskutiert und befunden wurde. Schlussendlich fiel die Entscheidung aber entsprechend dem Antrag des Vorstandes aus. In der geheimen Wahl entfielen 50 Stimmen auf Konrad Langhart, 42 auf Jürg Grau, je 38 auf Martin Zuber und Doris Morf sowie 32 auf Susanne Friedrich. Bezirkspräsident Konrad Langhart machte deutlich, dass die SVP alles daran setzen will, die beiden Sitze zu verteidigen und den Wähleranteil zu halten oder gar noch leicht zu steigern.

Rückblickend auf das verflossene Parteijahr zeigte sich Bezirkspräsident über die nun abgeschlossenen Gemeindewahlen zufrieden. «Leider lassen sich immer wieder zu wenig Kandidaten finden, stellte Langhart etwas besorgt mit.» «Vielfach sei die SVP die einzige Partei, welche sich auf die Suche nach Kandidaten für die verschiedensten Behörden macht», hielt er weiter fest. Langhart kündigte an, dass man auch weiterhin die Politlunchs jeweils am ersten Mittwoch in den ungeraden Monaten festhalten will. Somit finden diese im Juli, September und November statt, wobei Rita Fuhrer, Thomas Minder und Natalie Rickli die Referenten sein werden.

Nach dem überraschenden Tod von Vorstandsmitglied Hans Wickli (Dachsen) sowie nach dem Rücktritt von Bruno Landolt (Feuerthalen) aus dem Bezirksvorstand wurden neu Alexia Heine (Andelfingen) und Paul Amsler (Feuerthalen) in den Bezirksvorstand gewählt. Landolt und der langjährige Statthalter Kurt Stäheli (Marthalen) wurden zudem von den Delegierten verabschiedet.

Regierungsrat Ernst Stocker

Spannende Aufgabe angetreten

«Ich habe mich über die gepflegte Basisdemokratie der Weinländer SVP – Delegierten sehr gefreut», betonte Regierungsrat Ernst Stocker. Er ist jetzt seit 45 Tagen im Amt und für die Volkswirtschaftsdirektion. «Ich durfte eine gut organisierte Direktion mit 900 motivierten Mitarbeitern antreten», hielt Stocker fest. In dieser Direktion sind die umfassenden Verkehrsträger auf der Schiene, Strasse und Luft beheimatet. Gleichzeitig ist es aber die Zürcher Volkswirtschaft, welche rund ein Viertel des Schweizer Wirtschaftspotenzials ausmacht, angesiedelt. «Ich hoffe, dass die Schweiz die aktuelle Staatsfinanzkrise in Verbindung mit der Eurokrise möglichst schadlos übersteht», führte Stocker weiter aus. Er versicherte, dass er alles daran setzen will, um mit guten Rahmenbedingungen für das Gewerbe und die Industrie dafür sorgen will, dass der Konjunkturaufschwung anhalten kann. Anderseits stellte Stocker fest, dass es sehr schwierig ist, Gesetze, Vorschriften und Verordnungen ersatzlos zu streichen. «Unsere verkehrstechnischen Infrastrukturen im Strassen – wie auch öffentlichen Verkehr sind starke und sehr wertvolles Elemente als Standortfaktor», hielt Stocker weiter fest. Gerade der ZVV mit der Zürcher S-Bahn, welche als einziger Verkehrs- und Tarifverbund in der Schweiz vorhanden ist, transportiert täglich 1,6 Mio. Menschen. «Allein der Konten Winterthur entspricht in seiner Grösse dem S-Bahnnetz der Region Bern», rief Stocker in Erinnerung. «Vom Flughafen habe ich grossen Respekt. Ein Grossteil der Bevölkerung nutzt ihn und für den Wirtschaftsstandort Zürich ist er von grosser Wichtigkeit, doch wenn es um den Fluglärm oder gar einen Ausbau geht, dann sind andere Meinungen vorhanden», hielt Stocker weiter fest. Er machte aber klar, dass viele Kompetenzen betreffend dem Flughafen beim Bund liegen. In einem Fazit der ersten sechs Wochen als Regierungsrat machte Stocker deutlich, dass im das Amt Spass macht und er sich für die Zürcher Bevölkerung einsetzen kann. «Über das vergangene Wochenende durfte ich zum Ausgleich wieder einmal meinem Sohn im Stall helfen und melken», meinte er schmunzelt. Momentan ist für eine Rückführung des Amtes für Landschaft und Natur (ALN) in die Volkswirtschaftsdirektion kein Thema. «Ich wurde im Regierungsrat sehr gut aufgenommen und viele verwaltungsinterne Abläufe sind mir aus meiner Tätigkeit als Wädenswiler Stadtpräsident vertraut», hielt Stocker auf eine entsprechende Frage fest.

Bruno Landolt und Kurt Stäheli (rechts) wurden gebührend verabschiedet.

VEREIN «FÜR AKTIVE SENIOREN»

Bericht über die General-versammlung vom 20. Mai 2010

Dieses Mal fand unsere Generalversammlung im Ristorante Dieci (ehem. Neues Klösterli) beim ZOO Zürich statt. Der etwas ungewohnte Ort mag ein Grund sein dafür, dass nur 40 stimmberechtigte Mitglieder an der Versammlung teilgenommen haben.

ERNST BRUNNER
ALT KANTONSRAT, ILLNAU

Pünktlich um 14.30 Uhr eröffnete unser Präsident Kantonsrat Dr. Theo Toggweiler im schön vorbereiteten Säli im 1. Stock mit einem Willkommensgruss an alle der diesjährigen Generalversammlung. Über die gemäss Traktandenliste abgewickelten statutarischen Geschäfte gibt es Folgendes zu berichten. Es sind 40 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, welche Herrn Max Steiner zum Stimmenzähler wählen. Das Protokoll der letzten GV vom 14. Mai 2009 lag am Vorstandstisch auf. Es wurde ohne Gegenstimme genehmigt und der Erstellerin Frau Sabouni vom SVP-Sekretariat verdankt.

In seinem Jahresbericht streift der Präsident nochmals die wesentlichen Aktivitäten des vergangenen Vereinsjahres. Dem im Jahr 2009 verstorbenen Vorstandsmitglied Kurt Krebs wird eine Schweigeminute gewidmet. Kurt Krebs war im Vorstand vor allem für die diversen Aktivitäten zuständig, seine Koch- und Backkünste werden unvergesslich bleiben. Der ausführliche Jahresbericht wird von der Versammlung einstimmig genehmigt.

Jahresrechnung und Budget werden vom Kassier Ernst Brunner vorgestellt und von der Versammlung genehmigt. Dem in der Versammlung anwesenden Rechnungsführer Benny Zeltner wird für seine zuverlässige Arbeit der Dank ausgesprochen. Der Mitgliederbeitrag fürs Jahr 2011 bleibt gleich wie 2010.

Kantonsrat Hansruedi Bär wird als Revisor wieder gewählt.

Das Jahresprogramm 2011 sieht neben der heutigen GV folgende Veranstaltungen vor:

– Donnerstag, 12.8.2010 Schifffahrt
– Im September politische Veranstaltung
– Donnerstag, 2.12.2010 Chlaushöck im Restaurant Muggenbühl

Eine Beteiligung an den KR-Wahlen ist nicht sinnvoll, da es keine Listenverbindungen bei kantonalen Wahlen mehr gibt.

Unter Verschiedenem informiert der Präsident über die Umbenennung in SVP-Senioren bei den nächsten NR-Wahlen. Nach kurzer Diskussion ist man damit einverstanden.

Nach einer knappen Stunde schliesst unser Präsident den offiziellen Teil unserer Versammlung.

Er gibt das Wort nun weiter an den Referenten des heutigen Tages, den Parteisekretär der SVP-Kantonalpartei Dr. Yves Gadient für sein Referat zum Thema: Kantonales Bürgerrechtsgesetz-Anspruch auf Einbürgerung für alle?

Mit Hilfe der verteilten Unterlagen ist es möglich, dem Vortrag über ein recht komplexes Thema zu folgen. Warum heisst das Gesetz nur Bürgerrechts-Gesetz und nicht Bürgerrechts- und Bürgerpflichts-Gesetz?

Er erklärt die diversen Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um ein Gesuch auf Einbürgerung zu stellen. Mit dem § 8 werden allerdings so viele Ausnahmen postuliert, dass der Schluss «Einbürgerung für alle» nicht als falsch taxiert werden darf. Meist wird nur von den neu zu erwerbenden Rechten gesprochen, von den Pflichten ist kaum die Rede. Mit grossem Applaus wird das Referat des SVP-Parteisekretärs verdankt. Die Gespräche an den Tischen zeigten, dass das Thema die Anwesenden stark beschäftigte. Vielen Dank an Dr. Yves Gadient.

Nun war es Zeit für den Zvieri. Das aufmerksame Personal des 10“ servierte allen einen hervorragenden kalten Fleischteller, einen Puschlaver Teller, wie mir der aus Poschiavo stammende Wirt erklärte.

Nach dem Kaffee leerte sich der Saal rasch und die GV 2010 war Geschichte.

LESERBRIEF

Gesunde CH-Politik und Meinungen im Clinch

Es ist nicht zu übersehen, was in Bern für ein Gerangel bzw. «Lachnummer» stattfindet in Sachen Staatsvertrag mit den USA. Viele fragwürdige Details sind täglich in der Presse zu lesen.

In der täglichen mehrmals gesendeten Talk auf «Tele Zürich» hat Markus Gilli unseren Parteifreund Christoph Blocher eingeladen, um herauszufinden, ob er wirklich nochmals NR werden will. Er hat deutlich erwidert, viele Stimmbürger wollen ihn wieder in der grossen Kammer sehen, wo er viele Jahre gesessen hatte, bevor er zum Bundesrat gewählt und nach der Legislaturperiode nach jämmerlichen Ränkespielen abgewählt worden ist.

Er hat damals deutlich gemacht: als BR sind ihr mich losgeworden, aber noch lange nicht aus der Politik.

In der Talkstunde hat er einige wichtige Punkte erwähnt, warum es leider in Bundesbern nicht mehr klappen kann, weil keiner der sogenannten klugen Köpfe im Gremium abseits stehen will, und zu einer gesunden eigenen Meinung kein Mut hat und sich nicht durchzusetzen vermag. Es wird zu viel kollegiale Rücksicht geübt, was unserer Heimat eher schadet als nützt. Deshalb ist es wirklich gut zu überlegen, ob nicht eine Volkswahl unseres Bundesrates vonnöten wäre.

Bruno Sahli Zürich

LESERBRIEF

Bundesrat Hans-R. Merz – Köfferliträger der UBS?

Die täglichen Hiobsbotschaften aus dem Finanzdepartement des Bundesrats Hans-R. Merz zeigen mit aller Deutlichkeit, dass dieser erwähnte Bundesrat seinen Aufgaben längst nicht mehr gewachsen ist. Das Schweizer Recht wird vom Chef des Finanz-Departementes mit Füssen getreten und niemand in der Völkergemeinschaft nimmt uns mehr ernst. Er hat der Staatengemeinschaft einmal mehr bewiesen, wie rückgratlos und erpressbar wir «Alpensöhne» geworden sind. Wichtig scheint mit diesem «Deal», wir können wieder «gschäften» und händelen fern ab jeder Moral. Hans Rudolf Merz wird jetzt schon als einer der schwächsten Bundesräte in die Geschichte unseres Landes eingehen – es wird nicht viel Positives, Nachhaltiges aus seiner Bundesratstätigkeit in Erinnerung bleiben.

Walter Egli, Zürich

DER AKTUELLLE VORSTOSS

Abschaffung der Fachstelle für Schulbeurteilung

Die Kantonsräte Matthias Hauser (SVP), Kurt Leuch (EVP) und Corinne Thomet (CVP) fordern mittels einer Parlamentarischen Initiative zur Änderung des Volksschulgesetzes die Abschaffung der kantonalen Fachstelle für Schulbeurteilung.

Dies aus drei Gründen:

a) Die Fachstelle für Schulbeurteilung verursacht vor, während und nach der Evaluation einer Schule an dieser einen immensen administrativen Aufwand.

b) Die Schulqualität wurde bisher durch die Fachstelle nicht wesentlich gesteigert.

c) Die Fachstelle für Schulbeurteilung misst die Schulqualität an Ansprüchen, welche nicht legitimiert sind. Die Gewichtung dieser Ansprüche ist nicht transparent.

Mit über 50 Mitarbeitenden evaluiert die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung jede Schuleinheit der Volksschule einmal in vier Jahren. Vor der Evaluation erstellt die Schule ein umfangreiches Portfolio (inklusive Selbstbeurteilung). Schriftliche Befragungen (Schüler, Eltern, Lehrpersonen), Interviews und Unterrichtsbeobachtungen bilden weitere Datenquellen. Der Beurteilungsbericht der Fachstelle enthält Entwicklungshinweise, die Schule muss zu deren Umsetzung einen Massnahmeplan erarbeiten. Vom ersten Kontakt mit der Fachstelle bis zur Erstellung des Massnahmeplans dauert es rund dreissig Wochen.

Zwar wurden an zahlreichen evaluierten Schulen Entwicklungshinweise umgesetzt. Deren Nutzen ist aber gemessen am Aufwand, welche die Schulbeurteilung für die Schule (und für die kantonalen Finanzen) verursacht, gering. Der Jahresbericht der Fachstelle zeigt, dass die Qualität der Volksschule auch vor der Umsetzung von Massnahmeplänen hoch ist.

Guter Unterricht sollte durch das Einhalten des Lehrplans definiert werden. Organisatorische und methodische Rahmenbedingungen, an welche sich Schulen und einzelne Lehrpersonen halten müssen, sind im Volksschulgesetz und der Volksschulverordnung geregelt. Das Handbuch für Schulqualität, welches der Bildungsrat verfasst hat und welches die Fachstelle für Schulbeurteilung als Qualitätsmassstab nimmt, darf den Spielraum von Gesetz, Verordnung und Lehrplan nicht einschränken. Ein Beispiel: Im Kanton Zürich besteht gemäss Lehrplan «Methodenfreiheit». Trotzdem erhebt die Fachstelle «Individualisieren» zum Qualitätsmerkmal. Sie lenkt damit über den Willen des Gesetzgebers hinaus den Schulalltag und unterwirft die Handlungsfreiheit von Lehrpersonen, Schulleitungen und Behörden ihren eigenen pädagogischen Vorstellungen. Zudem sind von den 16 evaluierten Qualitätsansprüchen nur vier dem Unterricht verpflichtet. Alle anderen betreffen Schulentwicklung, Zusammenarbeit und Schulkultur. Der durch die Schulbeurteilung generierte Aufwand ist somit weit weniger qualitätswirksam, als wenn Lehrpersonen in derselben Zeit besseren Unterricht gestalten würden.

Für die Überweisung der Parlamentarischen Initiative an die kantonsrätliche Kommission für Bildung und Kultur werden 60 Stimmen benötigt. Die Kommission kann zu dieser Parlamentarischen Initiative einen Gegenvorschlag entwickeln, welcher statt der Abschaffung eine Reduktion der Fachstelle vorsieht und deren Auftrag neu definiert. Eine Abschaffung oder starke Reduktion der Fachstelle dürften noch von weiteren Parteien begrüsst werden (EDU, evtl. GLP). Ein ordentlicher Beitrag zur Reduktion der Bildungsverwaltung scheint mehrheitsfähig.

ERSTE ERFOLGE DER BILDUNGSKOMMISSION DER JSVP

Rückzug des Sonderpädagogischen Konzepts und klares NEIN zur Kinderbetreuungsinitiative

Die Bildungskommission der Jungen SVP des Kantons Zürich (JSVP ZH) feiert seit ihrem kurzen Bestehen die ersten zwei Erfolge. Mit dem am Freitag zurückgezogenen Sonderpädagogischen Konzept wurden die Forderungen der JSVP ZH zu einem grossen Teil erfüllt. Mit dem klaren NEIN gegen die Kinderbetreuungsinitiative folgten die Stimmbürger der Empfehlung der JSVP ZH.

PATRICK WALDER
VIZEPRÄSIDENT
JSVP KANTON ZH

In ihrer Vernehmlassungsantwort im März 2010 forderte die JSVP ZH den Rückzug des sonderpädagogischen Konzepts. Das Ziel des Konzepts, «die Integration um jeden Preis», kann durch die JSVP ZH nicht unterstützt werden. Die JSVP ist überzeugt, dass nur mit der Aufrechterhaltung von Sonderklassen, wie wir sie heute kennen, der normale Unterrichtsverlauf in den Regelklassen sichergestellt werden kann. So können sich die Lehrer der Regelklassen auf ihre Kernaufgaben, das Vermitteln von Lernstoff, konzentrieren und begabte Schüler fördern. Die Auswüchse, die die Form des integrativen Unterrichtes angenommen haben und durch dieses Konzept noch hätten gestärkt werden sollen, sind nicht mehr länger vertretbar.

Das Sonderpädagogische Konzept war nicht ausgereift. Entscheidende Punkte, wie zum Beispiel Richtlinien in Bezug auf bauliche Massnahmen, wurden im Konzept nicht berücksichtigt.

Mit grosser Genugtuung und Erleichterung hat die JSVP ZH den Rückzug des Konzepts zur Kenntnis genommen. Weiter ist sie sehr darüber erfreut, dass der Regierungsrat die sonderpädagogischen Verordnungen lockern wird. Dies insbesondere in den Bereichen des TeamTeachings und der integrativen Förderung in der Sekundarstufe. Die JSVP ZH hofft, dass die konkreten Lockerungen der Verordnungen vom Regierungsrat möglichst bald vorliegen. Die Partei wird sich weiterhin gegen den Umbau der Schule von einer Bildungsstätte in ein sozialpolitisches Konstrukt stellen.

An der Info-Veranstaltung der Bildungskommission der JSVP ZH vom 1.6.2010 machte die JSVP ZH klar, was für Folgen eine Annahme der Kinderbetreuungsinitiative hätte. Die Regelungen des Volksschulgesetztes reichen im Bereich der Tagesstrukturen völlig aus. Mit einem JA wären alle Gemeinden verpflichtet gewesen, eine Vorschulbetreuung sicherzustellen, was sozialpolitisch fragwürdig und nicht finanzierbar gewesen wäre. Die JSVP ZH ist erleichtert, dass die Stimmbürger bei der Kinderbetreuungsinitiative der Empfehlung der JSVP ZH gefolgt sind und diese Vorlage klar verworfen haben.

Die JSVP ZH wird die Auswirkungen durch die Annahme des Gegenvorschlags beobachten. Sie wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass unsere Kinder nicht verstaatlicht und von linken Bildungsfunktionären früh negativ beeinflusst werden.

Für eine Jungpartei und ihre Kommissionen ist es immer wieder befriedigend zu sehen, dass man durch politische Arbeit etwas erreichen kann. Dies wurde an diesem Wochenende offensichtlich und soll auch weitere Jugendliche motivieren, sich für ihre politischen Ansichten einzusetzen.

LESERBRIEF

Die USA als Erpresser

1998 erpressten jüdische Organisationen mit Hilfe krimineller Anwälte und amerikanischer Behörden 1,25 Milliarden Dollar von der UBS und der CS. Die USA verursachten zudem die weltweite Finanzkrise und schädigten auch unser Land um Hunderte von Milliarden, was für viele Schweizer ein Verlust ihrer Ersparnisse bedeutet. Auch ist der durch amerikanische Praktiken erlittene Verlust für die Schweiz sehr viel höher als der Schaden, den die UBS dem US-Fiskus durch ihre Mithilfe bei Steuerbetrügereien verursacht hat. Eigentlich ein Grund für die USA, das Dossier UBS ad acta zu legen, denn wer selber im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Bemerkenswert zudem, dass laut «Tax Justice Network» ausgerechnet «Saubermann» USA dank ihres diskreten Finanzplatzes Delaware das Ranking der «Steueroasen» weiterhin anführt!

Die CS wurde kürzlich mit 536 Millionen Dollar gebüsst, eine neue Rekordbusse von etwa einer Milliarde hat Novartis zu gewärtigen. Weitere Bussen in Milliardenhöhe – von den amerikanischen Medien jeweils genüsslich ausgeschlachtet – befinden sich in der Pipeline. Da einträgliche Erfolge gegen unser Land so einfach zu erzielen sind, wird uns jetzt unter Zeitdruck ein illegaler Staatsvertrag aufgezwungen und bei dessen Ablehnung Wirtschaftssanktionen angedroht. Warum übernehmen wir als Gegenmassnahme für die in der Schweiz tätigen US-Firmen nicht das amerikanische Rechtssystem, verbunden mit häufigen und teils willkürlichen Bussen in neuen Rekordhöhen? Zu hinterfragen ist auch die bisherige Praxis der Übernahme diplomatischer Mandate der USA durch die Schweiz wie in Kuba und im Iran. Warum sollen wir ein Land, das zunehmend zu unserem Gegner wird, Gutes tun? Schliesslich haben uns die USA im Libyenkonflikt nicht einmal verbal unterstützt!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Zürisee-Schifffahrt

mit

Judith Übersax
Präsidentin SVP Kt. Schwyz

Ernst Stocker
Regierungsrat

Mittwoch, 14. Juli 2010
ab Schiffsteg Uetikon am See

Apéro ab 19.30 Uhr

Abfahrt 19.45 Uhr

Kosten pro Person:
Fr. 50.- (inkl. Nachtessen)

Anmeldung bis 10. Juli 2010 mittels Einzahlung auf PC-Konto 80-52149-0
Die Platzzahl ist beschränkt. Die Anmeldungen werden nach Zahlungseingang berücksichtigt.

Kontaktadresse:
Theres Weber, 8707 Uetikon am See
t.f.weber@pop.agri.ch

Parkplätze:
Schiffsteg / Bahnhof in Uetikon am See

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

28. SVP-Schiessen 2010

10. bis 12. September 2010, Oberweningen, Wehntal

Einzeldoppel: Fr. 19.–; Junioren Fr. 15.– (zu bezahlen bei der Standblattausgabe)

Anmeldung mit diesem Formular oder über www.svp-zuerich.ch

Die unterzeichnete Sektion meldet folgende Gruppe an:		☐ **Zusätzliche Anmeldung als Familiengruppe** (nur direkte Verwandte)
Gruppenname	**SVP-Ortssektion**	**Bezirk/Kanton*** (*wenn ausserkantonale Gruppe)
Gruppenchef	Name	Vorname
Strasse	PLZ	Ort
Tel. G	Natel	E-Mail-Adresse

Schützen 300 m

Nr.	**Name**	**Vorname** Wenn Verwechslungen möglich: m/w angeben	**Jahrgang**
1.			
2.			
3.			
4.			

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, die gewünschte Schiesszeit anzugeben und wir empfehlen Ihnen, **prioritär Freitagabend oder Samstag zu belegen,** da am Sonntag weniger Schiesszeit zur Verfügung steht und erfahrungsgemäss dann ein grosser Andrang erwartet wird. Pro Gruppe werden 30 Minuten Schiesszeit angeboten.

Freitagabend (16.00–20.00 Uhr) ab ____ Uhr	Samstagvormittag (08.00–12.00 Uhr ab ____ Uhr
Samstagnachmittag (13.00–17.00 Uhr) ab ____ Uhr	Sonntagvormittag (08.00–12.00 Uhr) ab ____ Uhr

Anmeldeschluss: Mittwoch, 1. September 2010. Anmeldung per Post an: SVP-Schiessen 2010, Kasimir Schmid, Stationsstr. 19, 8105 Regensdorf oder unter www.svp-zuerich.ch

Die Rangierung erfolgt nach Eingang der Anmeldungen. Die reservierte Schiesszeit der Gruppe wird dem Gruppenchef per E-Mail mitgeteilt (nur notfalls per Post).

Fadegrad

Wenn Staatsbeamte Unternehmer spielen

VON ROGER LIEBI

Fast jeden Mittwoch um 17.00 Uhr schreitet er in den Saal, selbstgefällig, belehrend und selbsternannt unfehlbar. Kunststück: schliesslich ist er der letzte Tycoon der selbstverständlich in allen Belangen besten Stadt der Welt, schliesslich kam er, um sein Imperium stadtumspannend, ja gar europaumspannend auszubauen. Schliesslich will er die Welt retten und Al Gore zeigen, dass er nicht nur Vorträge hält, sondern wirklich was Handfestes tut. Als Tycoon werden Grossindustrielle, Magnaten oder Mogule bezeichnet.Ein Tycoon beherrscht und kontrolliert grosse Teile spezieller Industriezweige. Ein typisches Beispiel für einen Tycoon aus einer bestimmten Branche ist ein Baulöwe. Früher sprach man auch von Eisenbahnmogulen. In Russland wird dafür der inzwischen eher zweifelhafte Begriff Oligarch verwendet. Das Wort Tycoon leitet sich vom japanischen Wort taikun ab und bedeutet so viel wie «Der Grosse Gebieter». Wohl deswegen war unserem Tycoon der Grundauftrag des Staates schon früh zu wenig. Als Stadtrat bot sich ihm, dem immerwährenden Staatsangestellten endlich die Gelegenheit, in die Sphären seiner einflussreichen Parteifreunde aufzusteigen – als Unternehmer. Dass er dabei keine persönlichen und unternehmerischen Risiken eingehen musste, kam ihm dabei besonders gelegen. Nur eines musste er schaffen: zu liberal durfte er dann doch nicht sein, dies würde ihn sicher die Wiederwahl kosten. So startete er denn die ÖV-Offensive und wurde zum grossen Tramhändler, so startete er die 2000-Watt-Megavision, ganz genau wissend, dass die langjährigen Verträge mit den Bündner Wasserkraftwerken auslaufen und die Abhängigkeit von Dritten steigen wird, so wurde er nichtsdestotrotz Atomstrom nutzend Stromhändler anstatt Stromverteiler, so baut er seine Firma zu einer Beteiligungsgesellschaft aus und kauft europaweit Anteile an Windkraftbetreibern (allerdings kommt kein einziges Watt an Strom daraus in unsere Steckdosen, dafür handelbare Zertifikate…), so wollte er den Olymp als Geothermie Think Thank erklettern, aber verbrannte sich dabei die Finger, und quasi als Krönung seines unermüdlichen, selbstlosen Schaffens wollte er zu einem der wichtigsten Player in der Telekomindustrie werden. Am Selbstvertrauen sollte es nicht fehlen, der grossen Swisscom das Glasfaserkabelgeschäft streitig zu machen. Immerhin, er meinte es ernst und hatte, ganz Unternehmer, natürlich die Hausaufgaben gemacht und verkündete im Jahre 2007 den Steuerzahlern seiner Stadt, dass er locker mit einer Rendite von 6–9% rechne. Kritiker bezeichnete er als Ewiggestrige. Noch vor 1 Jahr erwartete er Lob für sein Erfolgsmodell. Nun, es kam anders. Völlig überraschend (???) stieg mittlerweile auch die teilprivate Swisscom, immerhin mit erprobter Technologie in das Geschäft mit den Glasfaserkabeln ein. Nach nur 3 Jahren, ohne überhaupt operativ tätig geworden zu sein, wirft unser Tycoon, auch hier gezwungen, das Handtuch. Die vom Steuerzahler so inbrünstig erbettelten 200 Millionen Franken hatten nie Gelegenheit Rendite abzuwerfen. Gescheiter hätte unser Tycoon Aktien der Swisscom gekauft. Deren Dividendenrendite entspricht nämlich genau den von ihm dem Steuerzahler versprochenen 6%! Nun, der mit der besten Stadt der Welt vertraute Leser wird es gemerkt haben: Die Rede ist vom Zürcher Stadtrat und Monopolverwahrer, Andres Türler. Aber wie es so ist, wenn man nicht mit eigenem Geld spielt, lässt er sich nicht beirren und brütet wohl schon am nächsten Projekt. Wer weiss, vielleicht überrascht uns Tycoon Türler schon bald mit einem Joint Venture mit der SBB oder der französischen Staatsbahn SNCF…

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Stadt Zürich wird zum Drogen-Dealer

So zumindest will es die Mehrheit des Gemeinderates, die in der Sitzung vom 16. Juni dem Stadtrat ein entsprechendes Postulat (GR Nr. 2006/346) überwiesen hat. Die Stadtregierung ist nun aufgefordert, ein Konzept für staatlich verantworteten Anbau und kontrollierten Vertrieb der Droge Cannabis vorzulegen.

DANIEL REGLI
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 11

Natürlich tönt alles ganz «vernünftig». Die grünen Postulanten wollen einen wissenschaftlich geführten Pilotversuch, welcher die Auswirkungen des Cannabis-Konsums untersucht. Sie wollen Aufklärungsarbeit an Schulen, um Jugendliche den richtigen Gebrauch des Rauschmittels zu lehren. Und natürlich soll der Stadtrat das Projekt aufmerksam beobachten und dem Gemeinderat regelmässig Bericht erstatten.

Ehrlicherweise hat Postulant Matthias Probst (Grüne) nicht verschwiegen, dass es letztlich um die gänzliche Freigabe des Cannabis-Konsums geht. Er wies darauf hin, dass man das nationale Betäubungsmittel-Gesetz nur umgehen könne, indem man eine wissenschaftliche Studie durchführe. Solches sei jedoch dringend nötig. Zürich müsse ein deutliches Signal nach Bern senden, dass das Ziel der Abstinenz gescheitert sei.

Die Diskussion im Rat wogte eineinhalb Stunden. Die bürgerliche Ratshälfte trat für einmal geschlossen auf. SVP, FDP, CVP, EVP und SD stimmten dagegen, dass der Staat in die Rolle des Drogendealers schlüpft. Mit emotional vorgetragenen Voten versuchte man, zumindest die Grünliberalen (GLP) vom geplanten Vorgehen abzuhalten. Mauro Tuena (SVP) wies darauf hin, dass der Souverän erst vor Kurzem die Legalisierung des Haschisch-Konsums abgelehnt habe (die Hanf-Initiative war im November 2008 von 63,19% der Schweizer Bevölkerung verworfen worden).

Die beiden Ärzte im Rat (Karl Zweifel, SVP, und Josef Widler, CVP) verwiesen eindringlich auf die schwerwiegenden psychischen Erkrankungen, denen viele Haschisch-Konsumenten verfallen. Berufsschullehrer Brasser (SD) liess den Rat wissen, dass schon morgens um sieben Uhr bekiffte Schüler in den Bänken hängen würden. Doch auch die Benennung des Cannabis als Leistungskiller machte bei der Ratslinken keinen Eindruck. Nicht einmal die Grünliberalen öffneten sich für solche Argumente. In ihrem Parteiprogramm nennt sich die GLP wirtschaftsfreundlich. Doch scheint es den Grünliberalen egal zu sein, wenn Schüler miserable Noten schreiben, wenn sie ihre Lehre abbrechen oder am Arbeitsplatz keine Leistung erbringen. Hat da ein falsch verstandener Liberalismus die ökonomische Vernunft der GLP benebelt? Es braucht doch keine Studien, um zu beweisen, dass Haschisch lähmt. Am Horn von Afrika gibt es Gesellschaften, die den Drogenkonsum einer ebenfalls «weichen» Droge legalisiert haben. Kat heisst das leistungsreduzierende Kraut, das die Mehrheit der Männer kaut. Nach dem Mittagsessen versinkt das wirtschaftliche Leben im massenhaften Dämmerzustand, der bis zum frühen Abend dauert. Dass sich solche Volkswirtschaften in einem lamentablen Zustand befinden, muss nicht weiter erläutert werden. Dass die SP und die Grünen eine auf Leistung und Verantwortlichkeit aufgebaute Gesellschaft verachten, ist längst klar. Dass nun auch die GLP in diese Richtung geht, ist höchst bedauerlich.

Auch das familiäre Argument, das von Rolf Stucker (SVP), Leiter Jugenddienst der Stadtpolizei Zürich, zum Schluss eingebracht wurde, vermochte den Irrweg nicht mehr zu stoppen. Stucker berichtete von Gesprächen mit Eltern, die ihrer Verzweiflung Ausdruck geben über Passivität und Lethargie ihrer Sprösslinge.

Alles vergebens! Trotz potenziellen gesundheitlichen Schädigungen und markantem Leistungsabfall nach Cannabiskonsum wird der Zürcher Stadtrat nun eine Pilotstudie vorbereiten, die den gloriosen Nutzen des Rauschmittels wissenschaftlich beweisen soll. Das Postulat wurde mit 67 Ja gegen 49 Nein überwiesen.

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

Donnerstag, 24. Juni 2010, 19.30 Uhr
Restaurant Metropol, Fraumünsterstrasse 12, 8001 Zürich

Traktanden

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Abnahme des Protokolls der Generalversammlung 2009
4. Jahresbericht / Standortbestimmung des Präsidenten
5. Jahresrechnung 2009 / Revisorenbericht / Budget 2010
6. Wahlen: 2 Rechnungsrevisorinnen oder -revisoren, 1 Ersatzrevisorin oder -revisor
7. Festsetzung des Mitgliederbeitrags
8. Bericht aus dem Kantonsrat
9. Bericht aus dem Gemeinderat
10. Anträge
11. Verschiedenes

Im Anschluss an die offiziellen Traktanden spricht
Nationalrat Toni Brunner,
Präsident der SVP Schweiz,
zu aktuellen politischen Themen

Mit freundlichen Grüssen
SVP der Stadt Zürich

Gemeinderat Roger Liebi,
Parteipräsident

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI 2010

NEUGESTALTUNG SCHMIEDE WIEDIKON UND UMGEBUNG

Hoher Nein-Stimmen-Anteil als Trendwende in der Stadtzürcher Verkehrssverhinderungspolitik

Die SVP der Stadt Zürich nimmt das Ja zur Neugestaltung der Schmiede Wiedikon bedauernd zur Kenntnis.

Der hohe Neinstimmenanteil im traditionell rot-grünen Stadtkreis 3 von rund 43 Prozent und der städtische Nein-Anteil von 40 Prozent zeigt aber, dass die Stimmbürger der Stadt Zürich Verkehrsverhinderungsvorhaben in dieser Stadt offensichtlich zunehmend kritisch gegenüberstehen.

Der im Vergleich zu den letzten Verkehrsabstimmungen hohe Anteil skeptischer Bürger dieser Stadt ist ein Auftrag an die Stadtregierung, die neue Verkehrsführung bei der Schmiede Wiedikon bei ersten Anzeichen starker Staubildung umgehend rückgängig zu machen.

VOLKSINITIATIVE «FÜR BEZAHLBARE WOHNUNGEN UND GEWERBERÄUME IN DER STADT ZÜRICH»

Irreführender Initiativtext verhilft Besserverdienern zu günstigeren Wohnungen

Die SVP der Stadt Zürich nimmt das deutliche Abstimmungsresultat zur Kenntnis.

Wie schon anlässlich der Bekanntgabe unserer Neinparole ist es uns auch jetzt ein Anliegen, der Bevölkerung der Stadt Zürich, namentlich Bewohnern von privaten und genossenschaftlichen Wohnungen, mitzuteilen, dass mit der Annahme der Initiative weder eine einzige ihrer Wohnungen günstiger wird noch eine einzige neue Wohnung dazu kommt.

Das Problem steigender Mietzinse hat nach wie vor unmittelbar mit dem enormen Zustrom neuer Bewohnerinnen und Bewohner vornehmlich aus dem Ausland zu tun, welche sehr häufig ohne Familien aber mit Mietzuschüssen ihrer Arbeitgeber nach Zürich kommen.

Allfällige Unternehmens- oder Bonussteuern würden diese Problematik noch verstärken, könnten doch nicht ausbezahlte Boni über Mietzuschüsse kompensiert werden.

Dem Problem zu teueren Wohnraumes für Neumieter lässt sich nur mit einer Neuregelung der Personenfreizügigkeitsabkommen und mit dem Willen der Zürcher Bevölkerung zu verdichtetem Wohnen beikommen. Alles andere ist verführerische Augenwischerei.

Jubilieren dürfen heute besonders besser verdienende Bewohner städtischer Fiskalliegenschaften wie z.B. Direktoren der Stadtverwaltung, wie Politiker (z.B. CVP-Nationalrätin Kathy Ricklin), die gemessen an der Zürcher Bevölkerung überüberdurchschnittliche Einkommen verfügen.

Die SVP erwartet von allen überdurchschnittlich verdienenden Bewohnern städtischer Fiskalliegenschaften, besonders aber von den oben erwähnten Personengruppen, ihre nach der Abstimmung nochmals günstiger werdenden Wohnungen für jene Bevölkerungskreise freizugeben, welche auf günstigen Wohnraum existenziell angewiesen sind.

VERKAUF DER STADTKÜCHE

Bevölkerung hat Grenzen des Eingriffes in die Privatwirtschaft erkannt

Mit dem Verkauf der Stadtküche Zürich an die private Firma DSR setzt sich die von der SVP immer wieder erhobene Forderung durch, wonach öffentliche Gemeinwesen, im Speziellen die Stadt Zürich, nur Aufgaben übernehmen sollen, welche Private nicht auch erfüllen können.

Die Stimmbürger haben mit dem heutigen Resultat die Grenzen staatlichen Handelns aufgezeigt.

Gerade am Beispiel der Stadtküche zeigte sich, wie staatlich geführte Unternehmungen in Sektoren, welche gewinnorientiertes Handeln zum Zweck langfristigen Gedeihens erfordern, scheitern und zudem die Portemonnaies der Steuerzahler belasten.

In diesem Zusammenhang bedauert die SVP, dass der Stadtrat aus der Übung Stadtküche offenbar wenig gelernt hat und den Erlös quasi für den Kauf der Zentralwäscherei einsetzen will.

STANDORTBEITRAG UND LANDABTRETUNG LANDESMUSEUM

Klarer Auftrag an das Schweizerische Landesmuseum

Das Abstimmungsresultat zum Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums bedeutet einerseits ein Bekenntnis der Zürcherinnen und Zürcher zur Schweiz und besonders zur Schweizer Geschichte und ihren Traditionen.

Das Ergebnis mit dem hohen Neinstimmenanteil von 45,8 Prozent bedeutet aber andererseits, dass fast die Hälfte der Stimmenden – nicht zum ersten Mal – architektonisch wie städtebaulich mehr Bekenntnis zur Schweiz und zu Zürich wünschen.

Die SVP erwartet, dass sowohl die Führung des Schweizerischen Landesmuseums wie auch der Stadtrat diesen grossen Teil der Bevölkerung in seinen Planungen ernst nehmen.

Der Zürcher Stadtrat hat am Beispiel des Umbaus der Fischerstube Zürichhorn Gelegenheit, diesem gewichtigen Umstand Rechnung zu tragen und ist deshalb aufgefordert, dieses Zeugnis der Landesausstellung 1939 bei seinen Umbauplänen zu bewahren.

☐ Ich möchte als Sympathisant der IG Freiheit beitreten und unterstütze die IG Freiheit mit einem jährlichen Betrag von mindestens 20 Franken (PC-Konto 85-518003-6)

IGFreiheit

Name
Vorname
Strasse
PLZ, Ort
E-Mail

Bitte einsenden an: Geschäftsstelle IG Freiheit, Postfach 470, 8702 Zollikon
Fax 044 391 32 30, E-Mail: info@freiheit-liberte.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Appenzeller Sennenhunde mit SKG-Stammbaum, geimpft, gechipt und entwurmt. Sie sind gut sozialisiert. Karl Suter, Rossbergstrasse 34, 6422 Steinen, Tel. 041 832 15 52.

Electrolux Einbaugeschirrspüler für Fr. 480.– (dreijährig, Neupreis Fr. 1299.–), einfache Bedienung; geringer Wasserverbrauch, sehr leise. R. Schindler, Zilstr. 10, 8153 Rümlang, Tel. 079 447 96 22.

Grossraumiglu mit Auslauf, 5-teilig, sehr gut erhalten, Streifenvorhangrolle, neu, günstig, Tel. 079 235 58 03

3 Barstühle mit Lehne, robust, wie neu à Fr. 15.–; **1 elektrisches Dartspiel,** neu Fr. 25.–; **1 Keyboard «Jamaha»,** jun., Fr. 20.–. Ulrich Werner, Bungertweg 1, 8450 Andelfingen, Tel. 052 317 24 20.

Autoanhänger Anssems AS 1300, einachser mit Verdeck, Nutzlast 900 kg, ab MFK, Fr. 1700.–, Tel. 079 233 51 46.

Zu verkaufen zirka

165 a Acker, Wiese, Weide

Egg/Forch

Offerten an Chiffre 58 745:
Zürcher Bauer, Seestrasse 95, 8800 Thalwil

Zu verkaufen

Class-Ladewagen
mit 20 Messern

Kleinballen-Ladewagen

3-Seiten-Kipper «1-achsig»

Tel. 052 317 18 19

GEBA Produkte

Rufen Sie uns an !
Calitec GmbH, Ballwil
041 449 50 50
www.calitec.ch

2 Marolf-Wagen, 10 m³, Ganzstahl-verzinkt, 1 Marolf Vollaluausf., hydr. Bremse; **Ogela-Futtergabel; Mais-Scharhackgerät** Haruwy mit Düngerstreuer; **Tieftroghäcksler,** alles in sehr gutem Zustand. Ernst Fröhlich, Kastelhof 75, 8155 Niederhasli, Tel. 044 850 06 06.

Diverse Kupfergefässe sowie Ankentöpfe, 1 bis 5 Liter; d**iverse Damen-Markenkleider:** T-Shirt, Hosen usw., Gr. 40–42. D. Maag, Obermühleweg 1, 8181 Höri, Tel. 079 623 56 68.

Obst- und Gemüsewagen – Frucar-Ladekap., 3 Palett à 12 Harassen, Be- und Entladen automatisch. Dazu zirka 100 Stück Obstharassen, Preis nach Vereinbarung. Telefon 044 920 14 21.

Original Seat Raddeckel (1 Saison gebraucht), Verkaufspreis Fr. 15.– bar, abbbholbereit beim Verkäufer, Radgrösse 15 Zoll. Jeannine Stöckli, Ackerstr. 53, 8604 Volketswil, Tel. 079 714 37 57.

Diverse Kleider: Hosen, Jeans, Pulli, Shirt, Jacken (Grössen 38/40), Schuhe (Grösse 37,5), exklusive Taschen, BHs und Tanga (Grösse 85 B), neu, alles tolle Marken, günstig, Telefon 079 430 90 50.

Häckselwagen Tandem, 10 m³, günstig, Tel. 055 243 30 01.

Zu verkaufen sind **diverse Anglerartikel.** Shimano-Ruten inkl. Rollen. Preis ist Verhandlungssache. Bei Interesse bitte Telefon 079 705 02 72.

Dreieckwagen Egiberg, Grösse für 70 Kleinballen; **Ballenlift Gruse,** für feste Montage in Scheune. Gebrüder Fehr, Ossingerstr. 18, 8478 Gütighausen, 079 416 67 31.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
044 822 26 11.

Münzen (auch ganze Sammlungen oder Erbschaften), Silber- und Goldbarren, Altgold und Altsilber zu guten Preisen. Ch. Gäumann, Tel. 079 432 48 91.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERMIETEN

Ab 1. Juli 2010: **4,5-Zimmer-Wohnung,** Ess- und Wohnzimmer, Parkett und Kaminofen, offene Küche, Zimmer Teppich, Bad und WC, sep. WC, eigener Sitzplatz, Garage und ParkplatzFr. 1850.–, plus Fr. 150.– Nebenkosten. Rudolf Isler, Niederesslingen, Tel. 044 984 33 76.

3,5-Zimmer-Wohnung mit 20 m² Terrasse, auf Bauernhof am Pfannenstiel, 2 km vom Dorf und Bahnhof, Miete Fr. 1800.–, Tel. 079 709 89 42.

ZU MIETEN GESUCHT

Suche wegen Umbau **2,5-Zimmer-Wohnung** per 1. Juli oder nach Vereinbarung, Stadt Zürich, Hund erlaubt, Tel. 079 509 25 59. Novotec@gmx.ch

IMMOBILIEN

Zu verkaufen, evtl. langfristig zu vermieten schönes neueres **6,5-Zimmer-Einfamilienhaus,** Nähe **Wil SG,** im österreichischen Stil mit viel Holz, angrenzend an Grünzone, abseits vom Verkehr, sonnig gelegen, grosser Balkon, Doppel-Garage, Bezug sofort möglich. VP Fr. 865 000.–, 078 836 69 54, privat.

FREIZEIT/KONTAKTE

Fussreflexzonenmassage und Massage «Krankenkassen-anerkannt»: www.shui-spa.ch oder Shui Spa, Tel. 044 211 00 99, Augustinergasse 17, 8001 Zürich.

Flirten und Treffen. Jetzt neu und kostenlos! Ganz einfach: Sende deinem Wunschdate ein E-Mail oder gib seilber dein Profil auf und freue dich auf viele neue Kontakte.
Jetzt kostenlos registrieren auf: www.chdate.ch

ZH rüstiger Senior, 68, NR., schlank, naturliebend, sucht ehrliche **liebe Partnerin** für feste Beziehung. Hobbys: Garten, Velo fahren, Wandern, und Ski fahren, Tel. 076 366 40 41 (SMS).

Kräuterwanderung mit Salbenwerkstatt am Zürcher Rhein. www.herbanatura.ch

Für Inserate
Tel. 044 722 77 76
Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- ○ zu verkaufen
- ○ zu verschenken
- ○ zu kaufen gesucht
- ○ zu vermieten
- ○ Freizeit/Kontakte
- ○

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

DIENSTLEISTUNGEN

Immobilien- und Baudienstleistungen durch erfahrene, kompetente, praxisorientierte, eidg. dipl. Immobilien- und Baufachleute. Müllo Fassaden-Service AG, Im Tiergrten 47, 8047 Zürich, Tel. 044 451 38 10.

Buchhaltung KMU günstig dank Heimbüro, Profi-Software Abacus 2008.
Anfragen: christianpeter@hispeed.ch

Zu verkaufen / vermieten

Western-Dekoration

über 200 Westernsättel, Silbersporen, Bullpeitschen, Packtaschen, Revolver- und Winchester-Futterale, Steckbriefe, Handschellen, Indianerdecken, Fallen, Westernhüte, Lassos, Chaps, Longhorns, Bisonkopf, alte Wirthausschilder usw. Günstige Preise

☎ 056 633 44 82 – www.westernmuseum.ch

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN
Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 23. Juni 2010:**

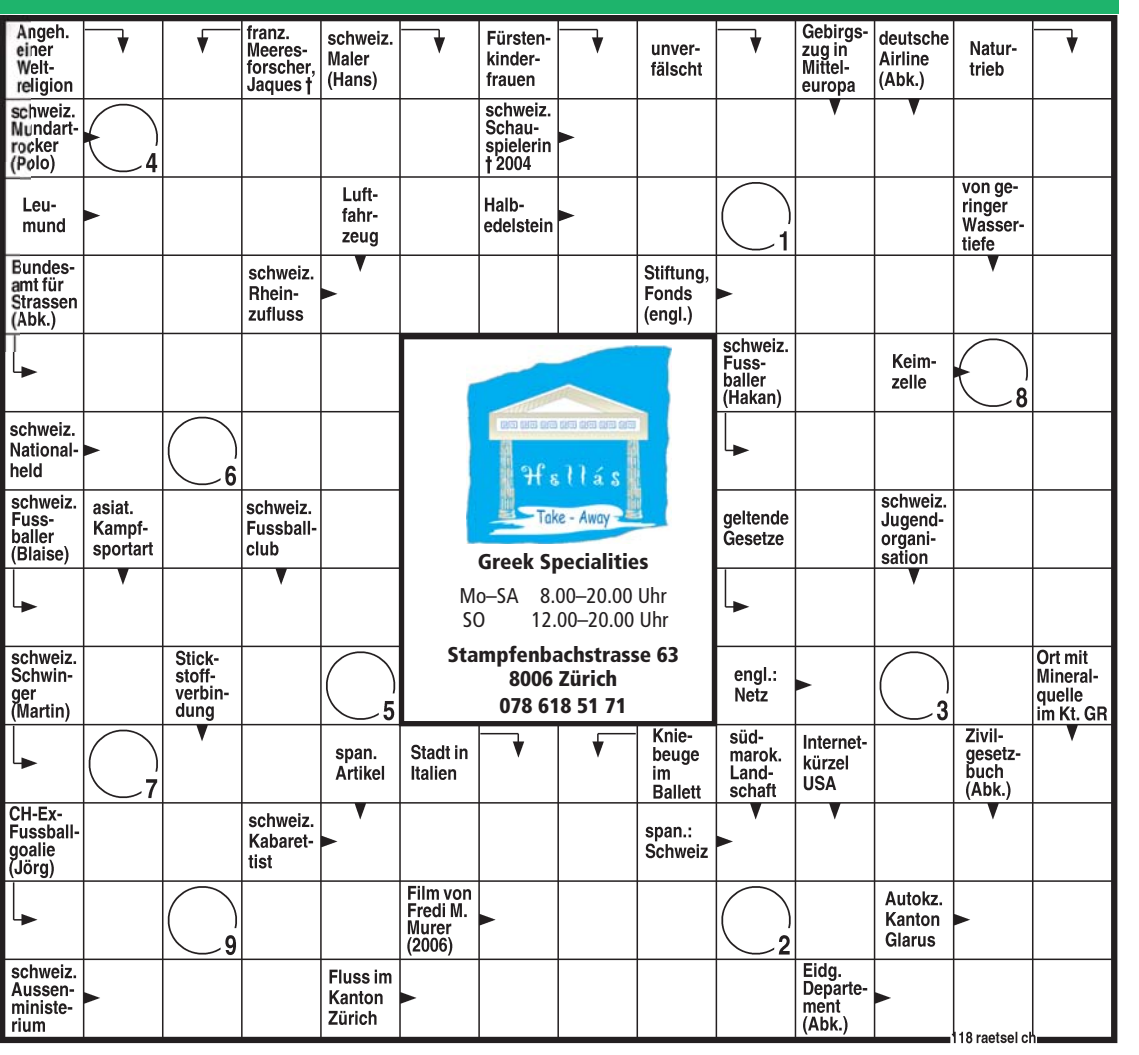
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 21/2010
Lösungswort: Entdecker

Gewinner: L. Müller, Adliswil

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8	9

Lösungswort Woche 24/2010

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

KANTONSRAT / FRAKTION

Montag, 28. Juni 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden 1. Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach / Eglisau
Samstag, 28. August 2010, ab 16.00 Uhr, bei Hansruedi Schneider, Alte Landstrasse 35, Eglisau (Moschtis Partyraum), SVP-Sommerplausch. Jedermann ist herzlich willkommen.

Bezirk Hinwil / Grüningen
Sonntag, 20. Juni 2010, ab 9.30 Uhr, bei der Familie Walder, in der Schoren, Grüningen, reichhaltiges Puurebüffet mit selbstgebackenem Brot und Zopf, mit Rösti, Käse, Fleisch, Konfitüre, Honig, Birchermüesli und ab Mittag Grillwürste und Kuchen (bei jeder Witterung).

Bezirk Meilen
Mittwoch, 14. Juli 2010, ab 19.30 Uhr, Apéro (Abfahrt 19.45 Uhr), ab Schiffsteg Uetikon am See, Zürisee-Schifffahrt mit Judith Übersax, Präsidentin SVP Kanton Schwyz und Regierungsrat Ernst Stocker. Kosten pro Person: Fr. 50.– (inkl. Nachtessen). Anmeldungen bis Samstag, 10. Juli 2010 auf PC-Konto 80-52149-0. Die Platzzahl ist beschränkt. Die Anmeldungen werden nach Zahlungseingang berücksichtigt. Kontaktadresse: Theres Weber, 8707 Uetikon am See, t.f.weber@pop'.agri.ch. Parkplätze: Schiffsteg / Bahnhof in Uetikon am See.

Bezirk Meilen / Küsnacht und Erlenbach
Samstag, 17. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Forsthaus Erlenbach, Waldfest mit Gastreferent Nationalrat Oskar Freysinger. Es unterhält Sie die Hadliker Huusmusig. Parkplätze ab Küsnacht, Forch und Hohrüti signalisiert.

Stadt Zürich
Donnerstag, 24. Juni 2010, 19.30 Uhr, Restaurant Metropol, Fraumünsterstrasse 12, Zürich, Generalversammlung mit Gastreferat von Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz. Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen.

Stadt Zürich / Kreis 1/2
Mittwoch, 23. Juni 2010, 12.00–13.45 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich (Telefon 044 482 11 45), Polit-Lunch zum Thema: «Legale Steuersparmöglichkeiten für das Gewerbe». Es referieren: Dr. iur. Erich Bosshard, Rechtsanwalt, Unternehmer und ehem. Chef Quellensteuer im Steueramt des Kantons Zürich und Roland Raths, Unternehmer und ehemaliger Chef-Steuerkommissär im Steueramt des Kantons Zürich. Im Anschluss an die Referate besteht die Möglichkeit, den Referenten Fragen zu stellen. Im Unkostenbeitrag von Fr. 50.– (wird vor Ort eingezogen) ist der Apéro, das Mittagessen und das Getränk enthalten. Anmeldungen erbeten an: SVP Kreispartei 1 und 2, Postfach 819, 8038 Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 7
Sonntag, 1. August 2010, 10.00–13.00 Uhr, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, 1.-August-Fest mit Gastrednerin Nationalrätin Natalie Rickli. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Dienstag, 28. September 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Zürich, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Banken / Schweiz» mit Gastredner Roger Liebi, Präsident der SVP der Stadt Züich und Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich. Veranstalter: Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 9. Juli 2010, ab 18.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Grillplausch.

Dienstag, 7. September 2010, Ausflug / Besichtigung – Details folgen.

Donnerstag, 28. Oktober 2010, ab 18.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 357 (beim Albisriederplatz), Zürich, Höck.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 28. August 2010, ab 16.00 Uhr, Armbrustschützenhaus Höngg, SVP-Sommer-Grill.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 18. Juni 2010, ab 18.30 Uhr, Blumen-Sue, Felsenrainstrasse 149, Zürich, Grill-Plausch mit Salaten, Bier, Wein, Mineral und Kuchen. ÖV: VBZ Busse 75 und 29, MIV: Parkplätze beim Friedhof Schwandenholz. Anmeldungen bis spätestens Montag, 14. Juni 2010 an svp.zh11@bluewin.ch oder SVP Zürich 11, Postfach 6506, 8050 Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Freitag, 25. Juni 2010, ab 18.00 Uhr, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Ende Hüttenkopfstrasse am Waldrand, traditioneller Grillabend (bei jeder Witterung). Die Kreispartei 12 freut sich, Sie bei dieser öffentlichen Veranstaltung begrüssen zu dürfen.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 29. Juni 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen (Bus Nr. 33 bis «Thujastrasse», Parkplätze beim Haus), Höck. Ein Tisch ist im Garten reserviert. Essen und trinken nach Lust und Gluscht und auf eigene Rechnung. Es kann auch nur ein Getränk konsumiert werden. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich! Unser Gast an diesem Abend ist die neue Kantonsrätin, Susanne Brunner, Kreis 7/8.

Donnerstag, 26. August 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 2. Mitgliederversammlung.

Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterhur
Dienstag, 29. Juni 2010, 19.30 Uhr, Hotel Wartmann, Rudolfstrasse 15, Winterthur (vis-à-vis Bahnhof-Parkhaus), öffentliche Veranstaltung zum Thema «Erbrecht – Tricks und Tipps». Erben ist etwas Schönes! Vererben aber auch! Dabei gibt es aber immer wieder Fragen und Unsicherheiten. Was ist vorzukehren beim Vererben und was sind die Auswirkungen beim Erben? Die beiden Winterthurer Rechtsanwälte lic.iur. Andreas Frei und lic.iur. Sylvia Frei, werden an diesem Abend die wichtigsten Facetten aufzeichnen. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen!

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 24. Juni 2010, 19.30 Uhr, (Türöffnung 19.00 Uhr), **Restaurant Frieden & Fisch, Schaffhauserstrasse 63, Oberohringen, Seuzach, Begrüssung durch Irene Minder, Vorstand SVP-Frauen Kanton Zürich,** öffentliche Veranstaltung «Eine sichere Zukunft für unsere Kinder – Wie schaffen wir sie?». Ursula Fehr, Gemeindepräsidentin Eglisau, nebenamtliche Bezirksrichterin, erzählt aus ihrem Buch «Der Schneckenfühler». Anschliessend Referat von Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS, www.auns.ch, Eglisau, zum Thema: «Sicherheit in der Schweiz». Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich und Sympathisanten sind herzlich willkommen. Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch http://www.svpfrauen.ch.

Donnerstag, 25. November 2010, 19.00 Uhr, Weihnachtsveranstaltung. Alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich sind herzlich willkommen! Weitere Details folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

4. SVP-Grümpelturnier
Samstag, 17. Juli 2010, ab 10.00 Uhr, Reitplatz, Winterthur-Töss, grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik, und vielem mehr! Kategorien: **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen), **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler). Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a. mit den Nationalräten Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Toni Bortoluzzi, Capitain FC Nationalrat, Alfred Heer, Präsident SVP Kanton Zürich und Jürg Stahl, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport. Teilnahmegebühr: CHF 50.– pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per E-Mail: merian@svp.ch. Auskünfte erteilt Jacqueline Merian (Telefon 031 300 58 58). Anmeldeschluss: Montag, 5. Juli 2010.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 4. Juli 2010, **2. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. August 2010, **3. Ausfahrt:** Noch offen. Nähere Angaben folgen.

Höcks
Dienstag, 13. Juli 2010, 19.30 Uhr, **3. Höck**, Besenbeiz Lindenhof, Buchberg bei Eglisau.

Donnerstag, 5. August 2010, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Blüemlisalp, Herrliberg.

Dienstag, 7. September 2010, 19.30 Uhr, **5. Höck,** Besenbeiz Sternen, Mettmenstetten.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate
1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Jahresschlusstreffen
Freitag, 1. Oktober 2010, Ort noch offen.

Sommerreise
Samstag, 24. Juli 2010 bis Montag, 26. Juli 2010, Sommerreise ins Elsass.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 12. August 2010, 14.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee. Besammlung: 13.45 Uhr Schiffsteg Bürkliplatz, Zürich. Abfahrt: 14.00 Uhr mit Extraschiff für die Aktiven Senioren (gemäss Anzeigetafel). Rückkehr: 17.00 Uhr, Schiffsteg Bürkliplatz, Zürich. Kosten: Keine (Jubiläumsfahrt). Durchführung: Die Schifffahrt wird bei jeder Witterung durchgeführt. Anmeldungen: SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich, Telefon 044 217 77 68 oder E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch.

Donnerstag, 2. Dezember 2010, 14.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Wollishofen, Chlaushöck (weitere Angaben folgen).

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Donnerstag, 24. Juni 2010
Restaurant Frieden & Fisch
Schaffhauserstrasse 63, Oberohringen
8472 Seuzach, www.friedenundfisch.ch

Eine sichere Zukunft für unsere Kinder – Wie schaffen wir sie?

19.00 Uhr Türöffnung
19.30 Uhr Begrüssung durch **Irene Minder**
Vorstand SVP Frauen Kanton Zürich

Ursula Fehr
Gemeindepräsidentin Eglisau, nebenamtliche Bezirksrichterin, liest und erzählt aus ihrem Buch «Schneckenfühler».

Hans Fehr
Geschäftsführer AUNS zum Thema: Mehr Sicherheit für die Schweiz – so schaffen wir sie.

Interessierte sind herzlich willkommen!

Organisation: SVP Frauen Kanton Zürich
www.svpfrauen.ch

Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch

Gestaltung: Karin Küster-Hofer · tgc.ch